



Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Ansprechpartner/in: Herr Jennrich

Telefon: (0221) 221-26391

Fax: (0221) 221-28493

E-Mail: stefan.jennrich@stadt-koeln.de

Datum: 31.10.2008

N i e d e r s c h r i f t

über die Öffentlichkeitsbeteiligung zum

'Rechtsrheinischen Entwicklungskonzept / Teilraum Nord' für Deutz-Nord / Mülheim-Süd / Buchforst

Beschlussvorlage Rat Nr. 5365/2007

Termin:

Dienstag, den 21.10.2008 von 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr

Veranstaltungsort:

Aula der Johann-Bendel-Realschule, Danzierstraße 146a in Köln-Mülheim

Teilnehmer:

ca. 150 Bürgerinnen und Bürger

Vorsitzender: Herr Fuchs, Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Köln-Mülheim

Verwaltung:

Frau Müssigmann und Herr Scherer (Stadtplanungsamt)

Herr Clauß (Amt für Straßen und Verkehrstechnik)

Herren Stüttem, Wevering und Jennrich (Amt für Stadtentwicklung und Statistik).

Herr Fuchs, Bezirksbürgermeister des Stadtbezirkes Köln-Mülheim, begrüßt die zur Öffentlichkeitsbeteiligung 'Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept / Teilraum Nord' erschienenen Bürgerinnen und Bürger und stellt die Podiumsteilnehmer vor.

Er teilt den Ablauf der Veranstaltung mit und führt aus, dass zu Beginn die Verwaltung den Entwurf des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes / Teilraum Nord für die Bereiche Deutz-Nord, Buchforst und Mülheim-Süd vorstellen und erläutern wird. Anschließend können die Bürgerinnen und Bürger nachfragen und ihre eigenen Anregungen und Bedenken, Kritiken und Planungsvorstellungen einbringen. Hierzu bittet Herr Fuchs von den ausgelegten Wortmeldezetteln Gebrauch zu machen und Namen und Anschrift sowie einen kurzen Betreff zu notieren und diese dann zur Niederschrift abzugeben.

Schriftliche Eingaben können darüber hinaus noch bis zum 4. November 2008 an den Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Mülheim, Herrn Norbert Fuchs, Wiener Platz 2a, 51065 Köln, eingereicht werden. Zur Erstellung der Niederschrift erfolgt zusätzlich eine Tonaufzeichnung der Veranstaltung. Die Niederschrift wird eine ergänzende Beratungsgrundlage insbesondere für die Bezirksvertretung Mülheim im weiteren Verfahren.

Herr Wevering vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik trägt anhand einer Lichtbild - Präsentation ausführlich den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes / Teilraum Nord für die Bereiche Deutz-Nord/ Buchforst/Mülheim Süd vor. Weiterhin weist er auf das ausgelegte Faltblatt zur Öffentlichkeitsbeteiligung hin, wo sowohl die Ziele der Planung als auch das Verfahren erläutert werden. Weiterhin ist auf der Rückseite der Entwurf des Nutzungskonzeptes abgebildet.

Herr Fuchs dankt Herrn Wevering für die Darstellung der Planung und bittet nun die Bürgerinnen und Bürger, ihre Wortmeldezettel mit ihren stichwortartigen Fragen und Anregungen abzugeben, damit er anschließend das Wort in entsprechender Reihenfolge erteilen kann.

Herr Goldbach kritisiert den vorgesehenen Fachmarkt an der Ecke Karlsruher Straße/ Kalk-Mülheimer Straße und weist auf die problematischen Altlasten auf dem Grundstück hin. Die Ansiedlung eines Fachmarktes geht an den Einzelhandelsbedürfnissen der Buchforster Bevölkerung vorbei und gefährdet überdies die vorhandenen Strukturen.

Herr Wevering antwortet, dass an diesem Standort kein Fachmarkt geplant sei, sondern vielmehr – entsprechend der Untersuchung zum Einzelhandelskonzept Köln – die Ansiedlung eines Lebensmittel-Vollversorgers als Ausgleich für weggefallene Lebensmittelläden vorgesehen ist. Für diesen Lebensmittel-Vollversorger, der das Nahversorgungsangebot in Buchforst in zentraler Lage verbessern soll, wird eine ausreichende Grundstücks- und Ladenfläche benötigt, die nicht im Geschäftsbestand befriedigt werden kann.

Herr Hoffmann fragt nach dem Realisierungszeitpunkt der projektierten Verbindungsstraße vom Auenweg zum Bergischen Ring.

Herr Wevering erläutert, dass eine genaue Terminierung dieser Straßenbaumaßnahme noch nicht absehbar ist. Es handelt sich hier um eine Vorsorgeplanung, die bei der

geplanten neuen Wohnbebauung südlich der Horststraße zu berücksichtigen ist. Solange der Verkehr im Mülheimer Süden auf dem vorhandenen Straßennetz ohne Probleme abgewickelt werden kann, wird hier kein Ausbau erfolgen.

Herr Plaag kritisiert die vor einigen Jahren durchgeführten Maßnahmen im Rahmen der Stadtsanierung in Mülheim-Süd sowie den seiner Meinung nach falsch verstandenen Hochwasserschutz. So wurden nach seinen Informationen die Bedenken der Stadtentwässerungsbetriebe nicht in die vorliegende Fassung des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzepts übernommen. Ebenso sei die Abgrenzung des Überschwemmungsgebietes seiner Meinung nach nicht richtig dargestellt, da es hier im Rahmen der Baumaßnahme 'Rheinkai' Veränderungen gegeben habe, wo die gesetzliche Überschwemmungslinie um 11 m vorverlegt worden sei. Die im REK vorgeschlagene Vorverlegung der Grenze des Überschwemmungsgebietes im Bereich Außenweg/ Euroforum-West/Gießereigelände und ehem. Lindgens westlich Hafenstraße und den damit verbundenen Verlust von ca. 50.000 qm Retentionsfläche lehnt er ab. Er fordert die Politik auf, entsprechend dem Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim einer Vorverlegung der Grenze des Überschwemmungsgebietes nicht zuzustimmen. Sinnvoll sei auf den Flächen die Anlage von Freiflächen (Boulevard) anstelle einer baulichen Nutzung.

Herr Wevering weist darauf hin, eine Vorverlegung der gesetzlichen Überschwemmungslinie in den Bereichen Euroforum-West (ehem. KHD-Gelände) und westlich der Hafenstraße in Übereinstimmung mit der Hochwasserschutzgesetzgebung könne erst nach weiteren Gesprächen und Abstimmungen mit der Bezirksregierung Köln abschließend beurteilt werden. In jedem Fall sei dies nur bei einem entsprechenden Ausgleich denkbar. Städtische Initiativen in diese Richtung bedürften zuvor jedoch einer Zustimmung des Rates der Stadt Köln zu den diesbezüglichen Vorschlägen des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes.

Herr Krämer beanstandet die Darstellung des Poststandortes in Buchforst im Nutzungskonzept an der Waldecker Straße, da diese Filiale von der Deutschen Post geschlossen wurde. Weiterhin wendet er sich gegen die vorgesehene Hubschrauber-Betriebsstation auf dem Kalkberg, die auf Grund der zusätzlichen Lärmbelastungen für den Stadtteil Buchforst nicht hinnehmbar sei. Den im Nutzungskonzept für die geplante Jugendeinrichtung vorgeschlagenen Standort an der Walter-Blickhäuser-Sportanlage lehnt er ab, besser sei ein zentralerer Standort z.B. in dem alten Postamt an der Waldecker Straße. Ebenso lehnt er den neuen Einzelhandelsstandort auf dem ehemaligen Tankstellengrundstück Ecke Karlsruher Straße/ Kalk-Mülheimer Straße und die eingetragene Straßenoption für die Verlängerung der Westumgehung Kalk bis zur Karlsruher Straße westlich entlang des Kalkberges ab. Anstelle dieser neuen Zufahrtsstraße – die augenscheinlich vorrangig der besseren Anbindung des im Bau befindlichen Baumarktes in Kalk dienen sollte – fordert er auf dieser Trasse eine Rad- und Fußwegeverbindung. Er möchte wissen, warum die Verwaltung hier die Option für eine neue Straßenverbindung vorsieht.

Herr Clauß vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik erläutert bezüglich der im Verkehrskonzept dargestellten Option für eine Durchbindung der Westumgehung Kalk zur Karlsruher Straße, dass es sich hier nur um einen Netzschluss zwischen der Straße des 17.Juni und der Karlsruher Straße für übergeordnete Verkehre zur Entlastung der Deutz-Mülheimer Straße handelt. Für eine Ableitung von lokalen Anlieger- und Gewerbeverkehren sei diese Straßenverbindung nicht vorgesehen.

Herr Wevering berichtet, dass die vor kurzem durchgeführte Schließung der Postfiliale an der Waldecker Straße der Verwaltung bekannt ist, das Nutzungskonzept wird mit der Darstellung des aktuellen Standortes der neuen Postagentur an der Heidelberger Straße entsprechend aktualisiert. Den Standort für die dringend benötigte Jugendeinrichtung im Bereich der Walter-Blickhäuser-Sportanlage hält die Verwaltung für wenig störend und vertretbar. Hierzu steht aber noch die endgültige Klärung in der Verwaltung aus. Die vorgetragenen Bedenken werden protokolliert und können in die Entscheidungsfindung einfließen. Der Standort 'Kalkberg' für die Rettungshubschrauber-Betriebsstation ist 2005 durch Ratsbeschluss festgelegt worden, das Rechtsrheinische Entwicklungskonzept hatte diesen Standort dementsprechend als Vorgabe zu übernehmen.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs verweist in diesem Zusammenhang auf eine Pressemitteilung der Bezirksregierung Düsseldorf im Internet, dass in den nächsten Tagen mit der endgültigen Entscheidung über die von der Stadt Köln beantragte Genehmigung zur Errichtung eines Hubschrauber-Sonderlandeplatzes auf dem Kalkberg in Buchforst zu rechnen ist.

Herr Hirsch und Herr Bade fragen nach Atelierräumen für Kunst und Kultur zu günstigen Mietkonditionen im Plangebiet. Weiterhin hätten sie gerne Informationen zu den Bleibelastungen im Bereich der Firma Lindgens.

Herr Wevering antwortet, dass im Plangebiet bereits Einrichtungen der Kulturwirtschaft vorhanden sind und mit dem REK auch dauerhaft gesichert werden sollen. Die Nachnutzung von alten Industriebauten und das im Wandel befindliche Gebiet schaffe hier eine besondere Atmosphäre für die Kreativwirtschaft. Die konkrete Förderung von mietgünstigen Angeboten an Räumlichkeiten fällt in die Zuständigkeit der Kulturverwaltung. Die ggf. vorhandenen Bleibelastungen werden einerseits im Rahmen der Umnutzung von Verdachtsflächen z.B. bei Baugenehmigungsverfahren, oder auch im Rahmen von Bebauungsplan-Verfahren, untersucht.

Frau Asselborn findet das Rechtsrheinische Entwicklungskonzept sehr interessant, bemängelt aber die für Buchforst dargestellten Nachteile wie Abriegelung des Kalkberges für Erholungszwecke. Ihrer Meinung nach passen die Planungsziele, wie 'mehr Grün- und Freiraum' und 'Stärkung der Wohnbereiche' nicht mit der Einrichtung der Hubschrauber-Betriebsstation zusammen. Weiterhin wünscht sie genauere Information zu den auf den Flächen des Güterbahnhofes Köln-Kalk-Nord dargestellten Kleingartenflächen.

Herr Wevering teilt mit, dass die Planung der Kleingärten den vorherrschenden Bedarf aus den dicht besiedelten Stadtquartieren in Mülheim und Kalk decken soll. Nach ersten Gesprächen mit der Deutschen Bahn ist davon auszugehen, dass die Anlagen des Güterbahnhofes Köln-Kalk-Nord nach derzeitigem Planungsstand langfristig aufgegeben werden sollen, da das Zusammenstellen der Züge im Eisenbahngüterverkehr in Köln in Zukunft vorrangig von den beiden modernisierten Rangierbahnhöfen Eifeltor und Gremberghoven abgewickelt werden wird. Die Streckengleise werden jedoch weiterhin für den Eisenbahnbetrieb benötigt.

Herr Bößert schlägt die Einrichtung eines Fuß- und Radweges in unmittelbarer Nähe zu den Parkplätzen der neuen Messeerweiterung als zusätzlichen Zugang zum Rheinpark vor. Eine Unterquerung der ICE-Trasse könnte über einen 'alten Tunnel'

erfolgen. Der Parkplatz an den neuen Messehallen könnte somit bei Großveranstaltungen (z.B. Kölner Lichter) mit einbezogen und genutzt werden.

Frau Müller fragt, ob die KHD-Parkplätze zwischen Danzierstraße und Grünstraße als Grünfläche oder als Straßenfläche genutzt werden sollen. Weiterhin fragt sie nach, ob die Mauer des KHD-Werksgeländes am Auenweg erhalten bleiben kann. Die Aufgabe der Option für eine Stadtbahntrasse in der Deutz-Mülheimer Straße wird von ihr abgelehnt, da die starke Belastung dieser Straße mit Autoverkehr eine neue Stadtbahnlinie erfordert und gleichzeitig verkehrsberuhigende Wirkung haben würde.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs weist bezüglich der Aufgabe der Option für eine Stadtbahnlinie in der Deutz-Mülheimer Straße auf einen Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim hin, dass dort die Einrichtung einer Buslinie geprüft werden soll.

Herr Wevering erläutert, dass im Bereich der KHD-Parkplätze im Bereich Danzierstraße/Grünstraße auch Flächen umgenutzt werden, die jetzt noch mit Werkshallen bebaut sind. So können hier ein ca. 35 m breiter Grünzug, eine abschirmende Bürozeile sowie die neue Planstraße realisiert werden. Bezüglich der angesprochenen Mauer am Auenweg/Gießereigelände teilt er mit, dass hier entsprechend dem beschlossenen Hochwasserschutzkonzept keine neuen Hochwasserschutzanlagen vorgesehen sind, die Grenze des Überschwemmungsgebiet direkt östlich des Auenweges verläuft und so die vorhandene Mauer auch wegen des vorhandenen Höhenunterschieds des Geländes voraussichtlich erhalten bleibt.

Herr Plaak spricht noch einmal die Hochwasserschutzproblematik an. Er weist darauf hin, dass nach seinen Informationen die Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) im Juli 2007 das Rechtsrheinische Entwicklungskonzept abgelehnt haben und fordert eine weitere Karte mit Darstellung der Flächen, die auch in den Hochwasserschutzanlagen gefährdet sind.

Herr Wevering stellt klar, dass das Rechtsrheinische Entwicklungskonzept bzgl. der Hochwasserproblematik sowohl mit der StEB als auch mit der Bezirksregierung abgestimmt wurde. Offen ist dabei, inwieweit eine Vorverlegung der Hochwasserschutzlinie im Bereich Euroforum-West und Lindgens/westlich Hafenstraße realisierbar ist.

Herr Noak (Geschäftsführer der Fa. Penox GmbH) teilt mit, dass er Verständnis dafür habe, wenn aus der Politik und der Bevölkerung der Wunsch nach einer Standortverlegung des Industriebetriebes (Bleioxidproduktion) geäußert werde.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs entgegnet, dass es keinerlei Absichten zur Verdrängung der Fa. Penox gibt. Die vorhandenen Industriearbeitsplätze an diesem Standort sollten auch weiterhin planerisch gesichert werden.

Herr Wevering weist ergänzend darauf hin, dass im Rechtsrheinischen Entwicklungskonzept die Fa. Penox an der Deutz-Mülheimer Straße entsprechend berücksichtigt und abgesichert wurde.

Frau Straub fragt nach der Umlegung möglicher Sanierungskosten auf die Haus- und Wohnungseigentümer, da seinerzeit im Sanierungsgebiet Mülheim-Süd entsprechende Ausgleichsbeiträge zu zahlen waren.

Herr Wevering antwortet, dass die sog. Ausgleichsbeiträge entsprechend dem Sanierungsrecht von der Stadt Köln festgestellt und erhoben werden müssen. Im Bereich des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes/Teilraum Nord ist nur das Sanierungsgebiet 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier' vorgesehen, dessen Inhalt die Anlage von Grünflächen am Mülheimer Hafen und im Bereich des ehem. KHD-Werks zwischen Deutz-Mülheimer Straße und Auenweg ist. Somit ist davon auszugehen, dass auf private Haus- und Wohnungseigentümer keine Ausgleichsbeiträge zukommen werden.

Herr Buhlmann fordert ebenfalls den bereits angesprochenen Verzicht auf die Anlage der Hubschrauber-Betriebsstation auf dem Kalkberg und hält die Anlage einer öffentlichen Grünfläche für wünschenswert. Die Flächen an und um den Kalkberg sollten keiner kommerziellen Nutzung zugeführt werden.

Herr Fuchs stellt gegen 21:00 Uhr fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegenden und schließt die Versammlung. Er weist noch einmal darauf hin, dass bis Montag, dem 4. November an ihn noch schriftliche Anregungen und Bedenken gesandt werden können. Zum Abschluss dankt er der Johann-Bender-Realschule, dass sie die Aula für diese Veranstaltung zur Verfügung gestellt hat.

Ende der Veranstaltung: 21:00 Uhr

Genehmigt:

gez. N. Fuchs

Norbert Fuchs
Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Mülheim

Aufgestellt:

gez. S. Jennrich

Stefan Jennrich
Amt für Stadtentwicklung und Statistik